



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/IX/69 - 24.3.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Konfessionelle Spannungen in der Bundesrepublik	S. 1
Umstrittene deutsche Vertretung bei der UN	S. 3
Pankows Bedingungen für den Leipziger Kirchentag	S. 5
Saar gegen Deutschland	S. 6

## Droht eine zweite Teilung Deutschlands ?

-lor. Wer in den Maitagen 1945 zu prophezeien gewagt hätte, daß neun Jahre nach dem tiefsten Fall des deutschen Volkes in seiner Geschichte mächtige Kräfte am Werke sein werden, jahrhundertlang begrabene religiös-weltanschauliche Zwietracht wieder zu entzünden, wäre wohl von allen mitleidig belächelt worden. Es gab nach dem von Bismarck entfesselten Kulturkampf in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts keine ernsthaften Konflikte mehr zwischen Staat und Kirchen und zwischen den Kirchen.

Die Katholische Kirche fand sich mit ihrer Rolle als Minderheit im deutschen Volke ab und die protestantischen Kirchen, die zwei Drittel des Volkes vertraten, brauchten keine Einbrüche in ihren Reiken zu befürchten. Der deutsche Katholizismus fand in der Zentrumspartei einen politisch klugen und maßvollen Vertreter seiner Belange. Der politische Katholizismus benötigte im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik die Luft der Freiheit und Toleranz, um überhaupt als Minderheit bestehen zu können; jeder einseitige Konfessionalismus hätte auf der protestantischen Gegenseite unliebsame Reaktionen ausgelöst und für den deutschen Katholizismus neue Konflikte mit Staat und Gesellschaft heraufbeschworen.

Die Gründung der Christlich-Demokratischen-Union schien auch die letzten Reste konfessioneller Zwietracht zu beseitigen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte fanden sich Christen beider

Kirchen zu gemeinsamen politischen Anliegen. Aber je mehr sich die Bundesrepublik konsolidierte und die Vereinigung Deutschlands in immer weitere Ferne rückte, umso mehr wurde es offenbar, daß die in der CDU errichtete politische Gemeinsamkeit beider Konfessionen schweren Belastungen ausgesetzt wurde und wird.

Die Anzeichen einer Klerikalisierung unseres öffentlichen Lebens lassen sich nicht mehr übersehen, auch nicht das Unbehagen im deutschen protestantischen Lager über die Versuche einflußreicher Kreise des politischen Katholizismus, die Gunst der Stunde auszunutzen und neue Machtpositionen im Staat zu erobern. Bedeutende Männer des öffentlichen Lebens, Politiker und Erzieher, haben öffentlich ihre Besorgnisse über die nun beginnende Aufspaltung des deutschen Schulwesens in Konfessionsschulen in den konfessionell gemischten Gebieten geäußert. Hundertjähriger Schulfrieden wurde gestört, Zwietracht zwischen Lehrern und Eltern und zwischen den Kindern gesät. Das Verbot eines katholischen Pfarrers an seine Schüler, nicht mehr mit den evangelischen Glaubensgenossen zu spielen, ist leider kein Einzelfall. Die Frage an den Bundesinnenminister, ob es stimmt, daß alle personalpolitischen Stellen in den Bundesministerien von Katholiken besetzt sind, blieb unbeantwortet.

Die willkürlich ausgelöste Auseinandersetzung über die obligatorische Zivilehe wie auch Bestrebungen, für die Rechtsstellung von Mann und Frau das kanonische Recht als bürgerliches Recht verbindlich zu machen, zeigen in bedrückender Weise den gefährlichen Weg, den klerikale Kreise unter Mißachtung der von Geschichte und Tradition geformten Gegebenheiten des deutschen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu beschreiten entschlossen sind. Das Elternrecht wird vorgeschützt, um einseitige Machtstellungen abzubauen oder zu erobern - mag darüber auch das Zusammenleben der Menschen vergiftet und mit neuem Haß durchsetzt werden. Wieviel Streit, wieviel Zerwürfnisse werden dadurch allein in viele Familien getragen, die zu erhalten und zu festigen doch unser aller Ziel sein sollte.

Heute stellen sich in der Bundesrepublik viele Menschen die besorgte Frage, ob nicht dem deutschen Volk neben der durch die weltpolitischen Spannungen zwischen West und Ost bedingten Spaltung Deutschlands eine zweite, durch eigene Schuld herbeigeführte Spaltung in der Bundesrepublik droht, die die politischen Kräfte im deutschen Volk lähmen und den konfessionellen Leidenschaften Tür und Tor öffnen muß. Soll die Bundesrepublik eine neue Auflage des unseligen Kulturkampfes erleben, nur diesmal mit umgekehrten Vorzeichen? Es wäre verhängnisvoll, wenn durch das Wirken jener Kräfte, die in "Rheinischen Merkur" ihren publizistischen Niederschlag gefunden haben, der Eindruck entstünde, daß diese Kreise des politischen Katholizismus die Spaltung Deutschlands dazu benutzen, die Gegenreformation voranzutreiben.

"Fall Pfeiffer" - eine böse Belastung

H.S.-New York, Ende März

Am 15. März erschien im UN-amtlichen "United Nations Bulletin" ein Artikel über den Beobachter der Deutschen Bundesrepublik bei der Weltorganisation, Dr. Hans Riesser, der zugleich noch das Amt des deutschen Generalkonsuls in New York ausübt. Die Bundesrepublik läßt sich, ebenso wie andere Länder, die noch nicht Mitglied der UN sein können (zum Beispiel Japan, Österreich, Italien, Korea, die Schweiz und Finnland), bei der Weltorganisation durch einen offiziellen diplomatischen "Beobachter" vertreten. Die Praxis hat gezeigt, daß diese "Beobachter"-Tätigkeit außerordentlich wichtig ist. Generalkonsul Riesser hat für Deutschland auf dem schwierigen Parkett der UN überaus nützliche Arbeit geleistet, was der erwähnte Artikel in dem amtlichen Organ der Weltorganisation offen anerkennt.

Fast zur gleichen Stunde, an dem dieser Artikel erschien, wurde bekannt, daß die Bundesregierung die Ersetzung Riessers als deutschen Beobachter durch den Gesandten Peter Pfeiffer, bis vor kurzem Leiter der Personalabteilung im Bonner Auswärtigen Amt, beschlossen habe. Die Absicht war, den Beobachterposten hauptamtlich besetzen zu lassen, also die Personalunion mit dem New Yorker Generalkonsulat aufzuheben (was in der Tat durchaus angebracht ist). Pfeiffer wurde mit merkwürdiger Hast zu diesem Amt ernannt.

Diese Hast fiel umso unangenehmer auf, als um die Person Pfeiffers in Kreisen der "Vereinten Nationen" ein ernster Konflikt ausgebrochen war und es heute die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß Deutschlands korrespondierender Vertreter dort nicht willkommen ist, ungern gesehen und als Belastung für die Bundesrepublik angesehen wird. Es ist darauf hingewiesen worden, daß Pfeiffer seit 1940 Mitglied der NSDAP war, die ganzen Hitlerjahre hindurch als treuer Diener Ribbentrops im Auswärtigen Dienst tätig war, und im Moment der Einnahme Algiers durch die Alliierten während des Krieges, als damaliger deutscher Generalkonsul in dieser Stadt, durch ein überflüssiges und demonstratives Treuebekenntnis zum größten Führer aller Zeiten peinlich auffiel. In Kreisen der Vereinten Nationen wird seit Wochen gesagt, daß

ein Mann mit einer solchen Vergangenheit schwerlich für die Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen nützliche Arbeit leisten kann, und man warf die Frage auf, ob Pfeiffer nicht von der Weltorganisation als "persona non grata" erklärt werden, d.h. daß ihm die Akkreditierung verweigert werden könne. Ein solcher Akt wäre natürlich eine Blamage und schwere moralische Niederlage für die Bundesregierung.

Es waren keineswegs ausschließlich links-radikale oder deutschfeindliche Kreise, die so dachten und noch so denken. Ein großer Teil der amerikanischen Presse, einschließlich der höchst maßgeblichen "New York Times", nahm in der Pfeiffer-Frage Stellung, und kein geringerer als der Generalsekretär der UN, der schwedische Diplomat Dag Hammarskjöld, ein ausgesprochenen Deutschenfreund, gab zu verstehen, daß er es begrüßen würde, wenn die Beziehungen zwischen Deutschland und der Weltorganisation nicht durch den "Fall Pfeiffer" belastet werden müßten. Und obwohl diese Dinge in Bonn bekannt waren, wurde, postwendend und mit der demonstrativen Geste eines rechthaberischen und besserwissenden Widerspruchs, die Ernennung Pfeiffers vom Auswärtigen Amt durchgesetzt.

Das Argument des A.A. ist, daß die bekannte Bundestagskommission, die die Mitglieder des diplomatischen Dienstes überprüfte, sich für die Weiterverwendung Pfeiffers ausgesprochen hat, so daß also kein Anlaß bestehe, jetzt plötzlich den Mann fallen zu lassen. Dieses Argument geht vollständig am Kern des Problems vorbei. Pfeiffers persönliche Ehre und Qualitäten stehen nicht zur Diskussion. Hier handelt es sich um etwas ganz anderes: Muß man Pfeiffer, nachdem nun einmal der Konflikt um seine Person ausgebrochen ist, ausgerechnet an die Weltorganisation boordern, die als das überhaupt heikelste diplomatische Parkett bekannt ist und wo sich Deutschland erst allmählich und mühselig einen Platz erkämpfen kann? Politisches Taktgefühl und das elementare Selbstinteresse der Bundesrepublik sollten erwarten lassen, daß die Bundesregierung noch in letzter Minute ihre Starrköpfigkeit, mit der sie im Falle Pfeiffer offenbar glaubte glänzen zu müssen, durch eine realistischere und dem deutschen Interesse dienlichere Haltung ersetzt.

+ + +

Kirchentag mit Maulkorbzwang

EZ - Berlin

So erfreulich jede Gelegenheit zur Begegnung zwischen Deutschen westlich und östlich der Elbe sein mag, so gefährlich ist es, wenn derartige Treffen, noch dazu in großem Rahmen, unter Preisgabe von Voraussetzungen zustande kommen, die einer solchen Veranstaltung allein Sinn und Bedeutung geben. Das lange Hin und Her über die Frage, ob es in diesem Jahr zu dem in Leipzig geplanten Evangelischen Kirchentag kommen wird, wurde schließlich durch eine Vereinbarung zwischen dem Kirchentagspräsidenten von Thadden-Trieglaff und dem sowjetzonalen Ministerium des Inneren beendet. Der Kirchentag findet im Sommer in Leipzig statt, aber nur unter Bedingungen, die von der Sowjetzonenregierung gestellt und von der Leitung des Kirchentages akzeptiert worden sind.

Zwei Tatsachen müssen zum Ausgangspunkt der Beurteilung dieses Kirchentages gemacht werden. Einmal, daß die Zonenregierung, die bisher ihre Ablehnung eines Leipziger Kirchentages immer mit der Behauptung begründete, die gesamtdeutsche politische Lage mache den Plan der Kirchentagsleitung zur Zeit undurchführbar, nach der Akzeptierung ihrer Bedingungen ihre Genehmigung erteilt hat. Wenn die kommunistische Pankower Regierung, wie amtlich mitgeteilt wurde, den Leipziger Kirchentag nur unter der Bedingung erlaubt hat, daß auf dieser Massveranstaltung evangelischer Deutscher aus Ost und West "nichts geschieht, was im Widerspruch zur Friedenspolitik der Sowjetzonenregierung steht", und wenn die Kirchentagsreden nicht als "Unterstützung der EWG-Politik" ausgelegt werden können, dann scheinen diese politischen Forderungen auf den ersten Blick nicht der Aufgabe des Kirchentages zu widersprechen.

Nun ist es aber doch so, daß die Kirchentagsbesucher ja nicht nur zum gemeinsamen Gottesdienst zusammentreffen, sondern weit mehr, um alle wichtigen Probleme der Kirchengemeinde zu diskutieren und ihre Bedrängnisse zu lindern. Wo aber, wie in der Sowjetzone, unter einem totalitären Regime das Politische in den Augen der Machthaber bis in die Familie und bis zum Einzelmenschen in seinen privatesten Äußerungen reicht, dort muß die Bedingung, nichts gegen die satliche Sowjetzonenpolitik zu sagen, zum Maulkorb werden, selbst wenn die

Diskussion lediglich auf der Ebene einer evangelischen Kirchengemeinde stattfindet. Wie will der Kirchentag die ihm gestellten Themen "Volk", "Familie", "Großstadt und Dorf" einer Klärung näher bringen, ohne die Wahrheit über die Realitäten in der Sowjetzone sagen zu dürfen? Der ebenfalls auf dem Leipziger Programm stehende Punkt "Arbeit" muß ohne Konfrontierung mit der sowjetzonalen Wirklichkeit zur reinen Farce werden, weil ja schon das Aussprechen einer Bedrängnis auf diesem Gebiete zu einem Angriff auf die "Friedenspolitik" Pankows werden würde.

Die Verantwortung der Kirchentagsleitung ist groß. Sie beschränkt sich nicht nur auf die Frage, ob unter dem Regime Pankows ein echter Kirchentag überhaupt möglich ist, sondern auch auf die Sicherheit der Tagungsteilnehmer aus West und Ost. Kirchentag hieß bisher stets in erster Linie breite Diskussion in zahlreichen Arbeitsgruppen. Kann die Leitung die Verantwortung dafür übernehmen, daß jeder Teilnehmer an dieser Diskussion, die allen offensteht, die vom sowjetzonalen Innenministerium gesetzten Grenzen seiner Redefreiheit erkennen kann, über deren Einhaltung der Staatssicherheitsdienst wachen wird?

So bleibt vor allem die Tatsache, daß sich zum erstenmal Mitglieder der Evangelischen Kirche aus West und Ost auf dem Boden der Sowjetzone treffen können, wodurch weit mehr Sowjetzoneneinwohnern als etwa auf dem Berliner Kirchentag die Möglichkeit zur Aussprache mit den Brüdern aus dem Westen gegeben ist. In Sinne einer Milderung des Auseinanderlebens des deutschen Volkes kann der Leipziger Kirchentag nicht warm genug begrüßt werden. Das Opfer freilich, das die Kirchentagsleitung dadurch auf sich nahm, daß sie sich dem Diktat Pankows beugte und damit die Substanz eines echten Kirchentages in Frage stellte, ist groß. Vielleicht kennt man die Zusammenhänge und die Einzelheiten, die zu jener Vereinbarung geführt haben, noch nicht genau genug, um sagen zu können, ob sich das Opfer gelohnt hat. Das wird natürlich vor allem vom Verlauf des Kirchentages selbst abhängen.

+ + +

#### Saarland gegen Deutschland

R.G. Das Thema Saar ist immer noch und immer wieder aktuell. Trotz aller Bemühungen um die "Europäisierung" ist die Loslösung des Saarlandes noch nicht vollendet, sind wir immer noch der Meinung, daß die Saar ein Teil Deutschlands ist und ebenso auch, daß sie bei Deutschland bleiben muß.

Und trotzdem: Die Grenze ist eine Tatsache, wie die wirtschaftliche und politische Trennung eine Tatsache ist; und ganz allmählich geht die Loslösung des Saarlandes als ein Faktum in unseren Sprachgebrauch ein.

Da findet am 28. März in Saarbrücken ein Fußballspiel statt, ein sehr bedeutsames, alle Fußballfreunde interessierendes Spiel, um dessen willen sogar die SPS (Sozialdemokratische Partei Saar) ihren Parteitag vorzeitig abbrechen will. Wie firmiert dieses Fußballspiel in Presse und Rundfunkankündigungen? - "Auscheidungsspiel Saarland gegen Deutschland" heißt der Text, der uns überall entgegenspricht. Es scheint also eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß das Saarland etwas anderes als Deutschland ist.

Wie soll man eine andere Bezeichnung finden? "Saar gegen Bundesrepublik" klingt vielleicht weniger prächtig, aber entspräche gewiß mehr der Tatsache, daß weder das Saarland nicht deutsch, noch die Bundesrepublik etwa Deutschland ist. Die Art, wie her der Fußball in das Tor des Saarlandes gerollt wird, kommt - wenn auch völlig unbewußt - einer Resignation, einem Abfinden mit seiner Lostrennung gleich.

+ + +

In der "Arbeiter-Zeitung", dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs vom 21.3. lesen wir unter der Überschrift:

Feig und gemein

"Der russische Bezirkskommandant von Schwechat forderte Freitag den österreichischen Polizeileiter auf, die von der Besatzungsmacht beanstandeten Plakate der ÖVP (= Österreichische Volkspartei, österreichisches Gegenstück zur CDU/CSU - D.Red.) über die Berliner Konferenz unverzüglich entfernen zu lassen. Der österreichische Polizeileiter lehnte dies mit dem Bemerkten ab, daß die Forderung des Bezirkskommandanten den österreichischen Gesetzen widerspreche.

Daraufhin forderte der Bezirkskommandant den Polizeileiter auf, die Bezirksorganisation der ÖVP zu verständigen, die Plakate zu entfernen. Der Polizeileiter erwiderte, daß er auch diesen Auftrag nicht erfüllen könne, weil er keine gesetzliche Handhabe besitze, die ÖVP zur Entfernung der Plakate zu zwingen. Der Polizeileiter mußte jedoch auf Befehl des russischen Bezirkskommandanten die Bezirksorganisation der ÖVP von der russischen Forderung verständigen.

Die Leitung der Bezirksorganisation der ÖVP, deren Vorsitzender der Landtagsabgeordnete Ernecker, Leiter des Arbeitsamtes Schwechat ist, knickte ein und kam der russischen Forderung nach.

In der Nacht zum Samstag überklebten ÖVP-Leute selber die von den Russen beanstandeten Plakate - mit den Schmähplakaten gegen Vizekanzler Dr. Schöpf, die im Zusammenhang mit dem Krauland-Prozeß herausgegeben worden waren.

Der sozialistische Innenminister hat mutig das Begehren der Russen abgelehnt, das ÖVP-Plakat von Polizei und Gendarmerie entfernen zu lassen - eine ÖVP-Organisation, deren Führer keinen Mut haben, kommt der rechtswidrigen russischen Forderung nach und verbindet dies mit einer niederträchtigen Handlung gegen die Sozialisten, die im Nationalrat gemeinsam mit der ÖVP gegen den russischen Übergriff protestierten! Hier paart sich Feigheit mit Gemeinheit."

---

Verantwortlich: Peter Raunau